

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den 4 Beilagen „Neue Illustrierte“, „Mode und Heim“, „Garten, Land und Herb“ und „Raddi“.

Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle eingebracht.
Anzeigenpreis: Die 6 mal geschnittene 40 mm breite Grundzeile 20 Pf.
Kompl. oder tabell. Satz 50 Proz. Aufschlag.
Jeder Anspruch auf Nachdruck erlischt, wenn der Anzeigen-Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder wenn der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Der Bezugspreis beträgt für einen Monat 1.10 RM. incl. Post.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg, etc.) sowie bei unvorhergesehenen Änderungen des Betriebes der Zeitung, d. h. Verändern od. d. Besondereverhältnisse) hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postfach-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Gemeinde-Konto R. 136.

Nummer 83

Sonntag, den 16. Juli 1933

32. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Klein-Siedlung.

Der Gemeinde stehen zur Errichtung einer vorstädtischen Klein-Siedlung gering verzinsliche Darlehen von je 2250 RM. für 10 Siedlerstellen zur Verfügung. Die Siedlerstellen werden zunächst im Erbbaurecht vergeben, als Eigentum können sie erst später erworben werden. Berücksichtigung finden in erster Linie Arbeitslose mit Kindern, deren nationale und berufliche Befähigung außer Zweifel steht. Bewerbungen sind bis 21. d. Mts. einzureichen. Aus ihnen müssen die Dauer der Arbeitslosigkeit, die Familien- und Wohnungsverhältnisse und etwa vorhandenes Eigenkapital ersichtlich sein. Bereits eingereichte Bewerbungen sind nicht zu wiederholen.

Ottendorf-Okrilla, am 14. Juli 1933.
Der Gemeinderat.

Schutz der Ernte.

Nach der Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Dresden vom 5. d. M. ist zur Bekämpfung von Feldliebwägen bis zur Beendigung der Ernte jedes nichtberechtigte Betreten der Fluren außerhalb der öffentlichen Wege und Straßen, also auch das unbefugte Begehen der sogenannten Feldwege in den Zeiten zwischen 6 Uhr abends und 8 Uhr morgens 12 Uhr mittags und 2 Uhr nachmittags verboten.

Die Polizeibehörden und die besonders eingesetzte Hilfspolizei und SA sind angewiesen, bei Zuwiderhandlungen dieses Verbot an Ort und Stelle rüchrichtlos einzuführen. Die Fluren werden durch bewaffnete Polizei- und SA-Mannschaften häufig begangen werden. Wer dem Verbote zuwiderhandelt begibt sich in Gefahr.

Ottendorf-Okrilla, am 15. Juli 1933.
Der Bürgermeister.

Gertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 15. Juli 1933.

Am Freitag früh wurden hier die Einwohner Fritz Rühl und Josef Dannemann, Bötsch, Förster, Otto Grünberg, Ernst Bloch, Kluge und Reichel von der hiesigen Gendarmerie zum Hilspolizei in Schußhaft genommen. Die Inhaftierten, allen Mitglieds der aufgelösten KPD., wurden mittels Lastwagen nach Dresden abtransportiert.

Auf Rüdern nach Stuttgart. Das 15. Deutsche Turnfest wirkt bereits wie ein Magnet. Alle möchten gern dabei sein und doch muß mancher erwerbsloser Turner auf erhebenden Tage in Stuttgart verzichten. Und trotzdem sind so viele der erwerbslosen Turner gepackt. Sie werden schon nach Stuttgart kommen, und wenn es mit dem Rad so sind bereits in den letzten Tagen kleinere und größere Gruppen vom Osten Deutschlands durch Dresden gekommen und am Sonntag berührten 2 Königsberger Turner die Stadt Weissen. Sie wollen eben alle dabei sein. Jeden Morgen gemütlich zwischen 3 bis 4 Uhr brechen jetzt auch von den Dresdner Turnvereinen Radgruppen auf, um in 10 Tagen die Turnfeststadt zu erreichen. Gewöhnlich sind es bis 6 Mann, die schwer gepackt in Richtung Freiberg die Radwege einschlagen. Unterwegs soll möglichst geseit werden, um für die Turnfesttage die sauer gesparten Groschen festzuhalten. Stuttgart zieht an, die Feststadt wird 14 Tage lang von Deutschland sein!

Großdittmannsdorf. Im vorigen Monat wurde der Landwirtschaftsgehilfin Elsa Lehmann, die 8 1/2 Jahre beim hiesigen Oskar Jergang in Diensten stand, von der Landwirtschaftskammer in Anerkennung ihrer treuen Dienste durch den Vorsitzenden des Landwirtschaftlichen Vereins, Herrn Dr. Schöne, eine Ehrenurkunde überreicht, während sie durch ihren Mann mit einem Geldgeschenk erfreut wurde. Dies ist gewiß ein Zeichen dafür, daß auch in der Landwirtschaft noch Ehre und besonderer Fleiß geachtet und belohnt wird.

Radeberg. Sonntag, den 16. bis Dienstag, den 18. Juli findet das Königschießen der Prin. Bürgerbüchsenvereine Radeberg statt, das sich bis zum heutigen Tage den Charakter eines Volksfestes bewahrt hat. Die äußere Gestaltung des Königschießens 1933 wird Merkmale tragen, die es wesentlich von seinen Vorgängern in den Nachkriegsjahren unterscheiden. Auf dem Schützenhausplatz bietet an diesen drei Festtagen ein reichhaltiges Vergnügungsprogramm für alt und jung die nötige Abwechslung.

Dresden. Neuer Vorstand des Innungs Ausschusses. Der Innungs- und Bezirksausschuh Dresden des Handwerks nahm in einer außerordentlichen Vertreterversammlung die Gleichhaltung des Gesamtvorstandes vor. Der Vorstand setzt sich aus sechs Obermeistern verschiedener Innungen unter Vorsitz von Stadtrat Hedwisch zusammen. Ihm gehören ferner die Obermeister Fischer, Böhmke, Kaiser, Finte und Giele an.

Dresden. Warnung vor einem Betrüger. Der wegen Betrugs erheblich vorbestrafte, 31 Jahre alte Handlungsgehilfe Arthur Reichelt tritt seit einiger Zeit erneut als Betrüger auf. Er hat bereits eine Anzahl Gehilfsleute erheblich geschädigt. Reichelt beruft sich auf Personen, die dem Gehilfsinhaber bekannt sind oder täuscht die Verkäufer durch unbedingtes Tragen des Parteiabzeichens der NSDAP und Vorlegen gefälschter Ausweispapiere. Reichelt ist 1,75 Meter groß, dunkelblond und trägt Brille. Bei erneutem Auftreten veranlasse man seine Festnahme.

Dresden. Dr. Rütz dienstreifen. Der Reichsstatthalter hat auf Antrag des Innenministeriums den Oberbürgermeister Dr. Rütz auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus seiner Dienststelle entlassen.

Cöbau. Ein schwerer Unfall ereignete sich auf dem Rittergut Rostig bei Weihenberg. Dort fiel die Frau Anna Hofrichter, die mit Heubladen beschäftigt war, plötzlich um. Ihre Arbeitskollegen bemerkten den Vorfall erst, nachdem die Frau durch einen Gabelfisch schwer verletzt worden war. Trotz rascher Hilfe konnte die Frau nicht mehr am Leben erhalten werden.

Sebnitz. Irrweg eines Blizes. Bei einem schweren Gewitter schlug der Blitz in eine in der Nähe der „Walzmühle“ im Polenztal stehende Kiefer, sprang von dort auf eine Fichte über und von dieser auf einen mit Heu gefüllten Schuppen der „Walzmühle“. Der Schuppen brannte vollständig nieder. Vom Schuppen nahm der Blitz weiter seinen Weg zum Hauptgebäude durch das Wohnzimmer in die Wohnstube und ging, nachdem er einige Fenstercheiben zertrümmert hatte, durch die Radio-Erdeleitung wieder ins Freie. An der Lichtleitung wurden sämtliche Lampen sowie das Radiogerät zerstört. Das alte Ehepaar Köhler, das sich in der Wohnstube aufhielt, kam mit dem Schrecken davon.

Leipzig. Arbeitsbeschaffung. Die Stadtverordneten stimmten den vom Rat vorgelegten Arbeitsbeschaffungsplänen zu, für die von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten Darlehen in der Gesamthöhe von rund 2,5 Millionen RM aufgenommen werden sollen. Ein nationalsozialistischer Dringlichkeitsantrag, ein Bauprogramm für 600 Kleinwohnungen und 100 Wohnungen für Kinderreiche vorzulegen, und zwar zu Mieten von höchstens 30 bis 35 Reichsmark, fand einstimmig Annahme.

Müglitz b. Döbnitz. Das ist zuviel verlangt. Nach einem Beschluß der Stadtverwaltung müssen Landwirte, die in der Herberge übernachteten, als Gegenleistung für die Übernachtungskosten mehrere Stunden arbeiten. Dieses Vorgehen der Stadtverwaltung hat sich unter den Landwirten aber so schnell umhergesprochen, daß die Zahl der Herbergsuchenden und das Betreten in der Stadt sehr stark zurückgegangen ist.

Chemnitz. Fabrikfeuer. In Dittersdorf entstand aus bisher unbekannter Ursache im Trockengebäude der Filzfabrik ein Brand, der sehr schnell um sich griff. Die zahlreich eingetrossenen Feuerwehren konnten den Brand auf das Trockengebäude beschränken, das vollkommen abbrannte.

Aue. Ein Todesopfer. Im Wald bei Schwarzenberg war, wie gemeldet, ein Ehepaar mit Schusswunden bewußtlos aufgefunden worden. Die Tragödie hat jetzt ein Todesopfer gefordert. Der zwanzigjährige Fischer Heinz Schubert ist keinen schweren Schussverletzungen im hiesigen Stadtkrankenhaus erlegen.

Plauen. Tödlicher Zusammenstoß. Zwischen Oberreichenau und Unterpörlitz stieß der 20jährige Berwalter Boier aus Fasendorf mit seinem Kraftrad mit der 18jährigen radsahrenden Arbeiterin Delschlägel aus Schneidengrün zusammen. Die Radelerin wurde neun Meter weit mitgeschleift und starb kurz nach dem Unfall, während Boier nur leichtere Schussverletzungen erlitt.

Görlitz. Rätselhaftes Verschwinden einer Frau. Bei einem Autoparkier in Jittau verlangte eine unbekannt Frau, nach Cöbau gefahren zu werden. Bei der Ankunft am dortigen Bahnhof ersuchte sie den Führer, weiter nach Görlitz zu fahren. In Görlitz erklärte die Unbekannte, den Autoführer entlohnen zu wollen. Er möge eine Stunde warten, bis dahin werde sie mit dem Geld zurück sein. Der Fahrer wartete aber vergeblich drei Stunden. Er suchte dann das Wageninnere ab und fand dort den Hut der Dame und 60 RM Bargeld vor. Der Fahrer gibt an, daß die Dame ihm gegenüber einen bedrückten Eindruck gemacht habe. Er nimmt an, daß sie sich ein Leid antun wollte. Die Personalien der Frau, die etwa 30 Jahre alt gewesen sein soll, konnten nicht festgestellt werden. Die Kriminalpolizei vermutet, daß die Frau geisteskrank war und Selbstmord begangen hat.

Bischofswerda. Brandstiftung. In Frankenthal brannte in den frühen Morgenstunden das massive Wohnhaus des Agenten Rudolf Großmann bis auf die Umfassungsmauern nieder. Das Feuer, das an mehreren Stellen zugleich ausgebrochen war, griff so rasch um sich, daß der Besitzer sich nur durch einen Sprung aus dem Giebelfenster seines im Obergeschoß gelegenen Schlafzimmers retten konnte. Er hatte sich schwere Verbrennungen am ganzen Körper zugezogen. Vom Hausrat konnte so gut wie nichts gerettet werden. Ohne Zweifel liegt Brandstiftung vor.

Schwere Unregelmäßigkeiten in Limbach. Die Stadt durch Bürgermeister Schubardt um 200 000 Reichsmark geschädigt.

Die Stadtverordneten von Limbach stimmten einem an das Ministerium zu richtenden Schreiben zu, in dem gebeten wird, gegen den Ersten Bürgermeister Schubardt das förmliche Dienststrafverfahren zu eröffnen und ihn vorläufig seines Amtes zu entheben. Wie von Ratsseite mitgeteilt wurde, sei die Stadt Limbach durch Bürgermeister Schubardt schwer geschädigt worden. Er soll u. a. die Auszahlung von Löhnen und Gehältern bewilligt haben, die mit den Befolgungsvorschriften nicht in Einklang zu bringen sind. Dadurch sollen ihm selbst in den letzten Jahren etwa 10 000 RM zugesprochen sein. Im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnhäusern, den die Stadt vor einiger Zeit durch die Sächsische Baugenossenschaft ausführen ließ, wurden ebenfalls Unregelmäßigkeiten festgestellt, durch die die Stadt um rund 200 000 RM geschädigt worden sein soll. Der damalige Bauamtsdegrement Stadtrat Jritsch ist bereits seines Amtes enthoben worden.

Großfeuer durch fünfzehnjährigen Brandstifter

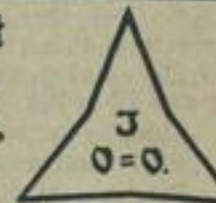
Ein schweres Schadenfeuer suchte das Bauerndorf Tannenweitz bei Gultau in der Gegend heim. Das Feuer, das in der Scheune des Gutsbesitzers Hermann Janitschke ausbrach, vernichtete das Gebäude mit der Heuernte, Strohvorrat und landwirtschaftlichen Maschinen. Der starke Westwind trieb die Flammen auf die Strogedeckte Scheune des Landwirts Krusch, die ebenfalls mit allem Inhalt niederbrannte. Während der Löscharbeiten griff das Feuer auch noch auf das Jantzsche Ausgebühnhaus über, das nicht gerettet werden konnte. Den Bemühungen mehrerer Nachbarn, der Bauherrschaft, der Feuerwehr, unterstützt durch Angehörige der Arbeitsdienstlager in Gura und Baruth, gelang es schließlich, auch das bereits zu brennen anfangende Wohnhaus des Landwirts Schneider zu retten.

Der der Brandstiftung sofort verdächtige fünfzehnjährige Jungknecht Walter Wichor aus Bröda bei Gultau, der seit Ostern bei Janitschke im Dienst war, legte nach seiner Verhaftung ein volles Geständnis ab. Die betroffenen Landwirte sind durch die oberrichtliche Brandstiftung schwer geschädigt, da sie nur zum Teil versichert waren.

Seine vierjährige Tochter ermordet

Der 31 Jahre alte Friseur August Eigelberger aus Werdau, der am 7. Juli seinen Heimatort mit seiner vierjährigen Tochter verlassen hatte, ermordete das Kind am gleichen Nachmittag am sog. Hohen Berg in der Nähe von Neuenhals bei Blauen. Eigelberger begab sich von dort mit dem Fahrrad über Blauen und Hof nach Grefers in Bagnern, wo er das Rad für 25 RM zu verkaufen versuchte. Dem Käufer kam die Sache verdächtig vor und er benachrichtigte die Gendarmerie. Eigelberger wurde festgenommen und gestand ein, das Kind durch Fußtritte getötet zu haben. Die Leiche wurde in einem Beerengestrüpp, mit einem alten Mantel zugedeckt, gefunden. Eigelberger erklärte, er sei mit dem Kind wegen Unregelmäßigkeiten von Werdau weggegangen.

Turnen - Spiel - Sport im Turnverein Jahn e.V. (Deutsche Turnerschaft).



Sonntag, den 16. Juli
Vorm. ab 9 Uhr Volksturnen Faustball-Ueben.
Mittags 1 Uhr Stellen im Hirsch zum Ausmarsch nach dem Reichhaus. Dasselbst Schießlandweibe des Militärvereins.

Dr. Neuenborff zurückgetreten.

In einem Schreiben an dem Reichsportkommissar hat der Führer der Deutschen Turnerschaft seinen Rücktritt erklärt und diesen gebeten, das Amt des Führers der DT. zu übernehmen. Der Reichsportkommissar hat sich bereit erklärt das Amt des Führers der DT. vorübergehend zu übernehmen.

Kirchennachrichten.

Sonntag, den 16. Juli 1933.
Vorm. 9 Uhr Gottesdienst.
Dienstag, 8 Uhr Gustav Adolf-Frauenverein.

Weltwirtschaftskonferenz in den letzten Zügen.

London, 13. Juli. Am Donnerstag fanden verschiedene Ausschussverhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz statt. Ihr Verlauf verstärkt den Eindruck, daß vor der Konferenzvertagung keine greifbaren Ergebnisse mehr zu erwarten sind, und daß man sich nur noch bemüht, den verschiedenen Schlußberichten eine möglichst optimistische Form zu geben. Eine gewisse Belebung brachte die Vorlegung zweier russischer Vorschläge vor den Wirtschaftsausschuß, der am Donnerstag in vollem Umfange tagte. Der erste Vorschlag ist der bekannte russische Plan eines wirtschaftlichen Richtungsgriffes, in dem die Zurückziehung aller aggressiven oder diskriminierenden Wirtschaftsmassnahmen verlangt wird, wie Sonderzölle, Ein- und Ausfuhrverbote und Kontostillhaltungen.

Der zweite Vorschlag greift die von Litwinow in seiner Eröffnungsrede gemachten Anregungen einer Ausdehnung der Ein- und Ausfuhrmöglichkeiten auf, schwebt jedoch nach allgemeiner Ansicht der Konferenzkreise völlig in der Luft und weist keine irgendwie greifbare Grundlage vor.

Der russische Vertreter erinnerte bei dieser Gelegenheit wieder an das Angebot Litwinows, russische Aufträge im

Betrage von einer Milliarde Dollar an das Ausland zu erteilen, wenn entsprechende Kredite an Rußland gewährt und die Sicherungen für die russischen Ausfuhr geleistet werden.

Der irische Vertreter Connolly unterstützte den russischen Vorschlag eines weltwirtschaftlichen Richtungsgriffes. Er eröffnete einen aufsehenerregenden Angriff gegen England und verurteilte den englischen Wirtschaftskrieg gegen Irland mit so scharfen Tönen, daß ihm der Vorsitzende Colijn Einhalt gebot und erklärte, daß historische Schilderungen nicht in den Rahmen des Ausschusses gehörten. Das Ergebnis war, daß beide russischen Vorschläge an den Redaktionsausschuß für Handelspolitik abgeschoben wurden, der sie in seinem Bericht lediglich zur Kenntnis nehmen wird.

Die nächste Sensation war der Durchfall des französischen Vorschlages, einen internationalen Bölkerbunds-ausschuß für öffentliche Arbeiten einzusetzen. Der englische Handelsminister Runciman erklärte dazu rund heraus, daß England nicht das geringste Interesse an internationalen Arbeitsplänen habe und auf keinen Fall bei derartigen Verhandlungen mitmachen werde.

Die Grundzüge des kirchlichen Verfassungswerkes.

Berlin, 13. Juli. Ueber die Grundzüge der Verfassung der neuen deutschen evangelischen Kirche wird dem evangelischen Pressedienst von unrichtiger Seite folgendes mitgeteilt:

„Das große Werk der Verfassung der deutschen evangelischen Kirche ist vollendet. In gemeinsamer Zusammenarbeit haben die führenden Persönlichkeiten der deutschen Kirche ein Werk zum Abschluß gebracht, dessen kirchengeschichtliche Bedeutung erst die kommende Zeit wird voll erkennen können.“

Der Verfassungsausschuß unter Führung des Bevollmächtigten des Reichsanstalters, Wehrkreispräsidenten Müller, hat gründliche und schnelle Arbeit geleistet. In ihm waren die lebendigsten Kräfte des deutschen Protestantismus vertreten: Neben dem Vertrauensmann des Reichsanstalters und dem Dreimänner-Kollegium des alten Kirchenbundes Marahrens, Hesse, Seegen) und der Sprecher der „über-reichlichen Kirchenführer, der bayrische Landesbischof D. Reicher, ferner der Kirchenjurist Prof. D. Hesel, Ionn, und der Vertrauensmann der theologischen Fakultäten, Prof. D. Fejer. Wichtig für den zustande gekommenen Abschluß war es, daß der Staatskommissar für die reichliche Landeskirche, Ministerialdirektor Jäger, nicht nur als Jurist mit seinem erfahrenen Rat die Arbeiten geleitet hat, sondern daß er auch grundsätzlich das Wort von der „Hilfe des Staates zur Selbsthilfe der Kirche“ wahr-spricht, mit dem er sein Amt als Staatskommissar kenn-zeichnete.

Die neue deutsche evangelische Kirche ist nicht eine Staatskirche.

Alle Befürchtungen, daß der Staat eine Oberhoheit über die Kirche und ihr Bekenntnis ausüben könnte, sind durch den Gang der Ereignisse und durch den klaren Wortlaut des neuen Verfassungswerkes widerlegt. Die Eigen-ändigkeit der reformatorischen Bekenntnisse ist vielmehr ersaffungsmäßig gesichert. Ueber dem Bekenntnis steht die einzige Autorität das Evangelium, wie es in der Heiligen Schrift bezeugt ist. Der klare Wille des Staates, daß die Bestellung von Kommissaren nicht ein Eingriff in die Autonomie der Kirche und in das Eigenrecht der Bekenntnisse bedeutet, ist damit unter Beweis gestellt.

Die Eigenständigkeit der neuen Kirche, die die Ablehnung jedes Staatskirchentums in sich schließt, ist besonders wichtig für die Beziehungen der deutschen evan-gelischen Kirche zu den deutsch-evangelischen Kirchen und Gemeinden jenseits der Reichsgrenzen.

Der im bisherigen Kirchenbund verwirklichte Grundsatz, daß Staatsgrenzen keine Kirchengrenzen sind, ist beibehalten und damit die Pflege der bis-

herigen engen kirchlichen Beziehungen zwischen dem Mutter-lande der Reformation und den deutschen evangelischen Ge-meinden in aller Welt gewahrt.

Das neue Verfassungswerk ist eine Rahmenver-fassung, die in ihren einzelnen Teilen noch ausgefüllt werden muß. Die fruchtbaren Gedanken des Locumer Manifestes, in dem bekanntlich schon die Grundzüge der neuen deutschen evangelischen Kirche sichtbar wurden, sind weitergeführt und ergänzt worden.

In der Spitze der neuen Kirche steht ein Reichs-bischof, der dem lutherischen Bekenntnis angehören muß. Dieses Führeramt der evangelischen Kirche bedeutet aber nicht eine Nachahmung staatlicher Formen.

Das Führerprinzip, das im Reichsbischofsamt Gestalt gewinnt, wird ergänzt durch die Mitwirkung des Kirchenvolkes, die in der Nationalkonferenz ihren Ausdruck findet. Diese ist keine parlamentarische Instanz, durch die überlebte Formen wieder in die neue Kirche eingeführt werden, sondern sie entspricht dem Grund-satz, auch die äußere Form der deutschen evangelischen Kirche gemäß dem Neuen Testament zu gestalten. Aus der Nationalkonferenz heraus wird die Kirchenleitung immer wieder frische Impulse und neue Anregungen empfangen.

Neben dem Reichsbischof tritt das geistliche Mi-nisterium, das der Bischof in der Leitung der Kirche unterstützt. Es besteht aus drei Theologen und einem rechts-kundigen Mitglied. Die drei theologischen Mitglieder ver-treten die drei Bekenntnisgruppen der Kirche: Die luther-ische, die reformierte und die unierte. Hier wird der Punkt sichtbar, wo in der neuen Kirche das reformierte Bekenntnis auch in den Organen der Kirche gewahrt ist. Das reform-ierte Mitglied des Ministeriums wird in allen Fragen, die die Wahrung und Pflege seines Bekenntnisses angehen, anstelle des Reichsbischofs handeln.

Da die neue deutsche evangelische Kirche keine Staatskirche ist, enthält die Kirchenverfassung keinen Arierparagrafen. Der Arierparagraf betrifft völlige Notwendigkeiten, die Verfassung der neuen Kirche dagegen ist vom Evangelium her durch evangelische Notwendigkeiten bestimmt. Das schließt nicht die Abwehr artfremder Ein-flüsse, besonders innerhalb der kirchlichen Führung, aus. Diese Abwehr betrifft den theologischen Führernachwuchs, jedoch nicht die Mitgliedschaft der Gemeinde Christi. Sakra-mentsgemeinschaft, gemeinsame Teilnahme am Gottesdienst sind in einer christlichen Kirche selbstverständlich. Die Frage der Artgemäßheit der kirchlichen Führung wird nicht durch die Verfassung bestimmt, sondern durch die Regeln des theologischen Nachwuchses.

Hier ist auch der Punkt, wo der Weltprotestan-tismus, insbesondere der anglikanischen Länder, das ge-

istliche Wollen und den christlichen Ernst im deutschen Protestantismus neu einschätzen muß. Es ist zu hoffen, daß durch den Abschluß der Kirchenverfassung allen unzutreffen-den Gerüchten, die das Verhältnis des neuen deutschen Staates zum Ausland betrafen, der Boden entzogen wird.

Uebersieht man rückblickend den Gang der Ereignisse, die zur Vollendung des kirchlichen Verfassungswerkes ge-führt haben, so wird aufs neue deutlich, wie richtig der Gedanke ist, daß der Staat die Kirche unter seine Oberhoheit habe bringen wollen. Die Vollendung des Verfassungswerkes bietet zugleich auch die Grundlage für die Beseitigung des Kirchenkonfliktes in Preußen, dessen Bereinigung nur einer feierlichen Erklärung des Reichsinnenministers Fried in den nächsten Tagen erwartet werden darf.

Gleichzeitig mit der Verfassung wurde ein kirchliches Einführungsgezet von denselben Instanzen erlassen, die die Unterschrift unter das Verfassungswerk geleistet haben. Die reichliche Anerkennung der Kirchenverfassung durch ein Reichsgezet ist noch im Laufe dieser Woche zu erwarten.

Innerkirchliche Einigung in Sachsen.

Sämtliche Beurteilungen aufgehoben.

Dresden, 13. Juli. Von unrichtiger Seite wird un-terteilt, das es am Donnerstag zu einer offiziellen Ver-ständigung zwischen der alten und der neuen Kirchenregierung in Sachsen gekommen ist. Wie wir hierzu erfahren, hatten die führenden Männer der neuen Kirchen-regierung von Anfang an das Bestreben, die Neuordnung der Kirchenorganisation ohne Hilfe des Staates allein mit der Kirche selbst durchzuführen. Diesen Bestre-bungen war aber infolge des Widerstandes der alten Kirchenregierung kein Erfolg beschieden. Trotzdem haben die Männer der neuen Regierung ihre Bemühungen nicht aufgegeben, und es ist ihnen nunmehr gelungen, den Boden für eine Einigung zwischen der alten und der neuen Kirchen-regierung zu bereiten, auf dem bis zur Neubildung des Kirchenregiments nach dem 23. Juli stattfindenden Wob-len so gearbeitet werden kann, daß weitere Sorgen vom Kirchengewalt und vom Staatsgewalt abgewendet werden. In einer von der neuen Kirchenregierung einberufenen Sitzung mit den Mitgliedern der alten Kirchenregierung und dem Grafen Bismarck von Oststadt als Vertreter des Synodalen Ausschusses wurde in Erkenntnis der Schwierigkeiten der Lage und einer gewissen Verworfenheit sowie der großen Verantwortung, die auf allen liegt, vereinbart, nunmehr doch auf den alten Vorschlag der neuen Kirchenregierung zurückzugreifen und eine kirchliche Neuordnung zu er-laffen, die die neuen Männer mit der Wahrnehmung der Kirchenregierung betraut, mit der vertrauensvollen Ein-schätzung, daß alle Maßnahmen nur im Einver-nehmen mit dem Präsidenten der alten Kirchenregierung, Dr. D. Seegen zu erfolgen haben. Dem Herrn Reichsstatthalter soll von dieser inner-kirchlichen Einigung, zu der Freitag abend die Zustimmung des Synodalausschusses erwartet wird, Kenntnis gegeben und er gebeten werden, nunmehr die Verordnung des Staates aufzuheben.

Den wesentlichen Anstoß zu der jetzt erfolgten Regu-lierung, die vom Kirchenvolke sicherlich mit großer Freude und Genehmigung begrüßt werden wird, hat der Umstand ge-geben, daß die Reichskirchenverfassung nicht, wie erwartet, Grundzüge für die Verfassung der Landeskirchen ge-bracht hat.

Die jetzt aufgehobenen Beurteilungen erstrecken sich nicht nur auf die Mitglieder der alten Kirchenregierung, sondern auf alle übrigen geistlichen Amtsträger im Lande. Die Herren der alten Kirchenregierung haben erklärt, daß sie den ihnen erteilten Auftrag zur Führung der Geschäfte bis zur endgültigen Regelung annehmen und daß jeder von ihnen sich nur in den Dienst der großen evangelischen Sache und der ev.-luth. Landeskirche stellt, seine Person aber in jeder Beziehung zurückstellt. Pfarrer Koch ist gebeten worden, bei der endgültigen Belegung der Stellen auf ihre Ver-seinerlei Rücksicht zu nehmen, sondern lediglich das zu tun, was im Sinne der Kirche notwendig ist. Es ist abzu-warten, daß eine Anzahl der bisherigen Herren auch nach der endgültigen Regelung im Amte bleibt.

Donnerstags von vier bis sieben

Roman von Siegfried Kluosmann
(Nachdruck verboten.)

„Tschö, sehen Sie, Herr Kommissar, bei 13 schwer aus-einander zu klammern. Heutzutage, wo man die jungen Weibchen nicht von den alten Frauen unterscheiden kann, wo sie alle mit hochgestülptem Pelztragen bis zur Reife zugebedet herumlaufen, oder Hüte aufhaben, die über die Ohren rutschen, da sieht man rein gar nicht von Gesicht.“

„Da haben Sie ganz recht, Vuffe! Aber Ihre Frau — Frauen sind doch mal neugierig — wird sich die Besucherin doch genauer angesehen haben?“

„Ach, Herr Kommissar, was meine Olla is, die war Donnerstags immer in der Waschküche.“

„Was denn? Jeden Donnerstag, ausgerechnet zwischen drei und sieben Uhr? Aber Mann!“

„Tschö, da wurde für den Herrn Direktor gewaschen.“

„Pff! Vielleicht auch seit dem 17. März?“

„Der kann so hinlaufen; ich brauch bloß mal det Buch nachsehen, wo wir immer die Waschtage...“

„Lassen Se man, det hat Zeit... id gloob's auch so! Hat die Dame eigentlich den Fahrstuhl benützt?“

„Aee, gleich beim erstenmal hat sie es abgelehnt, später hab ich's ihr ja nicht mehr angeboten. Kaum, daß die Tür uffsprang, ist sie ooch schon — husch, husch — die Treppe ruff.“

„Heute ist sie zur gewohnten Zeit gekommen?“

„Wie immer, so gegen vier.“

„Wann sie das Haus wieder verlassen hat, wissen Sie nicht?“

„Aee! Für jedwöhnlich hing sie so um halber sieben, aber id hab sie nich immer forsichen sehen.“

„Na gut! Eine andere Frage, Vuffe. Sind heute außer der Dame noch viele Leute im Laufe des Nachmittags dageswesen?“

„Die Frau Zehelmeitlin, die immer zur Justizrätin geht, Fräulein Mangold, die Nichte der Frau von Leuden, und ein Herr, den id nich kenne, der fegentüber zum Major Ruppolt wolle.“

„Hat er den Fahrstuhl benützt?“

„Aee, er winkle ab, ist nicht nötig.“

„Wachtmeister!“

„Hadenzusammenschlag, „Herr Kommissar?“

„Erlundigen Sie sich mal drüben, ob der Herr Major Besuch empfangen hat! Das wäre vorläufig alles, Herr Vuffe. Aber bleiben Sie noch hier.“

„Na, Herr Vieboldt, was haben Sie noch zu sagen? Wissen Sie, wer die geheimnisvolle Besucherin war?“

„Nein!“



„Ich hoffe, Sie werden durch das Mikrophon eine kurze Darstellung des Vorgefallenen geben.“

„Haben Sie niemals darüber nachgedacht?“

„Ich hatte keine Veranlassung, Herr Kommissar! Der Herr Direktor wünschte, dies geht aus seinem Arrange-ment hervor, daß ich der Dame nicht begegne, und mir fehlte jeder Grund, mich in seine Angelegenheiten zu mischen. Diskretion ist die erste Pflicht eines Dieners, Herr Kommissar!“

„Bleiben Sie dank für die Belehrung! Dann wissen Sie wohl auch nicht, wenn die Halskette gehört, die wir auf dem Teppich fanden?“

„Nein!“

„Sie haben die Kette noch nie bei einer Bekannten des Herrn Direktors gesehen?“

„Nein!“

„Gut! Nehmen Sie das auch zu Protokoll, Ründig! Ich möchte Sie noch zum Schluß darauf aufmerksam machen, Herr Vieboldt, daß Sie sich, wie sich die Dinge auch immer gestalten mögen, zur Verfügung der Polizei halten müssen.“

„Gewiß!“

„Erneuter Hadenzusammenschlag, „Herr Kommissar, der Herr Major empfing um fünf Uhr den Besuch eines Veters aus der Provinz.“

„Danke, Wachtmeister! Das wäre vorläufig alles, Ründig, Sie können die Überführung der Leiche prompt Obduktion veranlassen! Oder willst du noch eine weitere Untersuchung vornehmen, Wurmisch? Nicht, also all right.“

„Herr Doktor!“

„Ja, was wollen Sie denn; an Sie habe ich über-haupt nicht mehr gedacht.“

„Wenig schmeichelhaft, Herr Doktor! Ich hoffe aber, Sie werden mir Genehmigung verschaffen, indem Sie durch das Mikrophon eine kurze Darstellung des Vorgefallenen geben. Vielleicht in Form eines Interviews?“

„Oder Duälgeist! Was wollen Sie denn noch wissen?“

„Wann wurde das Verbrechen entdeckt?“

„Um sieben Uhr, als der Diener Vieboldt von seinem Ausgang zurückkehrte. Er fand seinen Herren — mit einem Dolch im Herzen — quer vor der Bibliothek nieder-gestreckt — ließ alles an Ort und Stelle — ließ sofort zum Vorsteher. Dann benachrichtigten beide das Überwachungs-kommando, welches seinerseits die Nordkommission alar-mierte. Doktor Wurmisch stellte fest, daß der Tod auf der Stelle eingetreten sein mußte. Der Dolchstoß ist mit großer Kraft geführt worden. Gerannt wurde nicht. Es läßt nichts darauf schließen, daß ein Kampf statt-gefunden hat.“

„Dann sind demnach keine Anhaltspunkte vorhanden, die den Mord aufklären könnten?“

„Darüber möchte ich noch nicht abschließend urteilen. Sie vergessen die Halskette! Hui! Mir kommt eine ganz Idee. Eine detaillierte Beschreibung der Kette durch Radio wäre zweckmäßig. Wollen Sie die Güte haben?“

(Fortsetzung folgt.)

Landesbischof Koch Schirmherr der Evangelischen Arbeitervereine Sachsens.

Pfarrer Fügner (Bosendorf), der Führer des Landesverbandes Evangelischer Arbeitervereine in Sachsen hat mit ein Glückwunschschreiben an den kommissarischen Landesbischof Koch von diesem folgende Antwort erhalten:

Für Ihre Glückwunschschreiben zu meiner Ernennung danke ich Ihnen von ganzem Herzen, ebenso dafür, daß Sie sich als Landesführer der Evangelischen Arbeitervereine Sachsens in treuer Gefolgschaft hinter mich stellen. Ich bin sehr bereit, die Schirmherrschaft der Evangelischen Arbeitervereine zu übernehmen und diese damit in die neue Kirche einzuführen.

In einer in Dresden stattgefundenen Führerversammlung des Landesverbandes der Evangelischen Arbeitervereine wurde von diesem Schreiben mit großer Freude Kenntnis genommen.

Der Reichsstatthalter warnt vor Gerüchtemachern.

Reichsstatthalter Rutschmann erläßt folgenden Aufruf:

In verschiedenen Teilen des Landes sind Gerüchtemacher an Werke, deren dunkles Treiben die Nutzriedenheit und Aufregung zum Ziele hat. Über der Führer noch ich haben je die Neuerung gewandt, daß die Alten überflüssig seien und verhungern könnten, damit der Jugend Platz gemacht werden könnte. Das ist ein freventliches Spiel, die armen Opfer der verwerflichen Inflationen gegen die nationalsozialistische Bewegung auszuspielen. Es wird vornehmste Aufgabe der Regierung sein, im Zuge des Aufbaues das Los dieser Klasse neben den vielen anderen Sozialkennern nach Kräften zu verbessern, und ich werde mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung dafür eintreten. Gerüchtemacher jeder Art sind sofort namhaft zu machen — Vertraulichkeit wird zugesichert — damit sie einem Konzentrationslager zugeführt werden können.

Deutsches Erntedankfest.

Berlin, 12. Juli. Wehlich wie bei den Feiern des Mai soll ein großes deutsches Erntedankfest am 1. Oktober jeden Jahres in allen Gauen Deutschlands durchgeführt werden. Das deutsche Bauerntum, das namentlich in seiner amtlichen wie auch berufständigen Verwaltung unter einheitlicher Führung auftritt, wird an diesem Tage in feierlicher Geselligkeit nicht nur ein machtvolles Bekenntnis zum neuen Reich ablegen, sondern auch eine Bedeutung als Volksernährer vor aller Augen führen.

Hindenburg über den Arbeitsdienst.

Berlin, 13. Juli. In der „Lagerzeitung für den deutschen Arbeitsdienst“, Nr. 7 vom 15. Juli 1933 hat Reichspräsident v. Hindenburg für die Tausende von Arbeitsdienstwilligen seine grundsätzlichen Gedanken über den Arbeitsdienst wie folgt zum Ausdruck gebracht:

Arbeitsdienst ist Dienst am Volke. Nur durch treue Erfüllung eines jeden an seiner Stelle können wir den Überausstieg des Vaterlandes erreichen. Moge jeder Angehörige des Arbeitsdienstes alles daran setzen, daß die Hoffnungen und Möglichkeiten, die der Arbeitsdienst in sich birgt, Wirklichkeit werden.“

Ebenfalls hat Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, zu der Frage des Arbeitsdienstes in der gleichen Nummer mit folgenden Worten Stellung genommen:

Der Gedanke des Arbeitsdienstes ist von jeher ein Bestandteil nationalsozialistischer Weltanschauung gewesen, weil nichts besser als gerade hier die deutsche Jugend die harte Zerküpfung und Vergangenheit, die letzten Reste von Klassenkampf und Standesdünkel überwinden lernt. Ich halte den Arbeitsdienst für ein wichtiges Werkzeug zur Gestaltung unserer völkischen Gemeinschaft und eine Stätte der Pflege echter deutscher Kameradschaft.

Der Geist und diese Kameradschaft zu fördern und weiter zu entwickeln, ist eine Aufgabe, die die „Lagerzeitung für den deutschen Arbeitsdienst“ erfüllen möge.“

Adolf Hitler über seinen Aufbauplan.

Berlin, 13. Juli. Die Reichspressestelle der NSDAP. veröffentlicht: „Der Führer sprach am Mittwochabend zu den Reichsleitern der NSDAP. in der Reichskanzlei versammelten Gauleitern, Frauenführern der Arbeit und Landesobleitern der Volkshilfsorganisation über politische und wirtschaftliche Fragen. Die Tagung wurde geleitet von dem Stellvertreter des Führers, Adolf Hög. Anwesend waren u. a. Reichswirtschaftsminister Schmidt und Reichsarbeitsminister Selbie.“

In seiner zweieinhalbstündigen großen Rede brachte Adolf Hitler einleitend zum Ausdruck, daß die gewaltige, unbeschreibliche Zeit, in der wir leben, für unser Volk von unermesslichem Segen sein werde, wenn die weitere Entwicklung des Aufbauplanes ebenso planmäßig verläuft, wie die Vorbereitung und Durchführung der nationalsozialistischen Revolution bisher. Im Besitze der Macht, die uns niemand mehr nehmen könne, seien wir in der Lage, nunmehr auch die gesamte kommende Entwicklung zu übersehen und planmäßig zu bestimmen. „Wir haben durch Kampf das Land gewonnen, jetzt müssen wir es durch Frieden befestigen.“ Die politische Macht habe man schnell und in einem Zuge übernehmen müssen, auf dem Gebiete der Wirtschaft aber seien andere Entwicklungsgehalte maßgebend.

„Wir müssen man Schritt für Schritt vorwärts gehen, ohne das Bestehende radikal zu zerschüttern und unsere eigene Lebensgrundlage zu gefährden. Mit bürokratischen Konstruktionen könne man die deutsche Wirtschaft nicht aufbauen. Die Ausnützung der individuellen Fähigkeiten habe uns groß gemacht und nur durch sie könne auch unser großes Wiederaufbauplan zum Ziele kommen.“

„Bewegung der höheren Arbeitsleistung unter die mindestdenkbare Arbeitsleistung werde nicht geduldet. Das fordere das Wohl des deutschen Volkes.“

Im Rahmen dieser Grundzüge die Interessen der Gesamtheit wahrzunehmen, das sei das Problem, das uns zur Lösung gestellt sei. Wie auf politischem, so könne man auch auf wirtschaftlichem Gebiet Befugnisse und Rechte nur herleiten aus der Leistung.

„Das Tempo unserer Einwirkung auf die Wirtschaft muß die Stellenbesetzung in der Wirtschaft sei daher abhängig von der Heranbildung eines wirtschaftlichen Führerwachstums. Die Betriebsamkeit gewisser Orga-

Kein Eingriff in die Wirtschaft, aber Kontrolle.

Programmatifche Rede des neuen Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt.

Berlin, 14. Juli. Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt sprach gestern mittag vor einem geladenen Kreis führender Persönlichkeiten aus der Wirtschaft über die wirtschaftspolitischen Aufgaben im neuen Staat. Dr. Schmitt führte hierzu im wesentlichen folgendes aus:

Die Aufgabe, die der deutschen Wirtschaft gestellt sind, können nur von der Wirtschaft selbst d. h. von den aus ihr herausgewachsenen verantwortlichen Führern gelöst werden. Der Staat soll verwalten und mit seiner Wirtschaftspolitik die Wirtschaft führen, aber nicht selbst wirtschaften.

Das entscheidende Problem ist die Zurückführung von fünf Millionen Menschen in den Arbeitsprozeß. Wenn es der Regierung gelingt, diese Aufgabe zu lösen (und ich habe keinen Zweifel, daß sie gelingt), so werden damit auch alle anderen Probleme gelöst sein. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit kann nicht allein durch künstliche Arbeitsbeschaffung erfolgen. Diese kann nur dazu dienen, die ungeheure Depression mit einem Gewaltstreich aus der Welt zu schaffen. Man kann eben nicht warten, bis die Gesundung aus der Natur heraus von selbst kommt. Insofern bin ich durchaus dafür, daß die Regierung alles unternimmt, um die Depression zu beseitigen. Es muß aber dabei allmählich die ganze Wirtschaft erfasst, belebt und so in Gang gebracht werden, daß der natürliche Aufschwung und die natürliche Aufwärtsentwicklung die Folge ist. Deshalb ist es auch die Absicht des Führers, die Arbeitsbeschaffung, soweit sie von der Regierung erfolgt, in Zukunft soweit wie irgend möglich so zu gestalten, daß nicht allein unmittelbar öffentliche Aufträge gegeben werden, sondern daß man für die produktive Wirtschaft Erleichterungen schafft, die dadurch in Arbeit umgewandelt werden.

Das Entscheidende aber ist — und darin sehe ich die erste Aufgabe des Wirtschaftsministeriums — die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß so schnell wie möglich in unserer Wirtschaft der Glaube befestigt wird, daß die Sicherheit des wirtschaftlichen Kalkulierens das Höchstmaß hat, das überhaupt denkbar ist. Der Führer hat wiederholt klipp und klar ausgesprochen, daß es nicht ohne die Köpfe der Wirtschaft geht, und daß jeder Versuch einer Sozialisierung der Wirtschaft an den Menschen scheitern muß, denn es gäbe keine Menschen, die von vornherein auf jede Chance in der wirtschaftlichen Betätigung verzichten wollen. Was uns groß gemacht hat, ist die Ausnutzung der individuellen Fähigkeiten. Wenn wir sozialisieren, würden wir als Maßstab des Tempos der nationalen Arbeit das Tempo der langsamsten Arbeit ausstellen. Wir dürfen niemals eine Beugung der höheren Fähigkeit durch die niedere zulassen. Der Nationalsozialismus hat die Aufgabe, überall die größte Fähigkeit zur ausschlaggebenden Bedeutung kommen zu lassen. Wir wissen es ja aus tausend Ansprüchen, daß der Sinn der wahren nationalsozialistischen Staats- und Wirtschaftsauffassung der ist, daß jeder, der etwas kann, und jeder, der eine verantwortungsvolle Stelle zu tragen hat, von dem Staate gestützt und in seiner Autorität gefördert wird.

Die oberste Aufgabe des Wirtschaftsministers sehe ich

viel weniger in einer Aufstellung von wirtschaftlichen Konstruktionen und Plänen, als vielmehr in der Organisation der vorhandenen praktischen, realen Wirtschaftsmöglichkeiten. Es ist nicht die Aufgabe des Wirtschaftsministeriums, in die einzelnen Wirtschaftszweige einzugreifen und darin herumzureden. Man muß aber natürlich die Möglichkeit dazu offenhalten. Der nationalsozialistische Staat muß sich in Angriff nehmen, daß er den Dingen in der Wirtschaft nicht freien Lauf läßt, daß er nicht jeden machen läßt, was er will, damit nicht jemand aus Konkurrenzrücken rücksichtslos Schaden stiftet, der sich unter Umständen auf einen ganzen Wirtschaftszweig auswirken kann. Der Staat wird von dieser Befugnis aber nur einen sehr weissen Gebrauch machen und es sich genau überlegen, bevor er ordnend eingreift. Die Möglichkeit dazu muß allerdings bestehen. Und ich glaube, wir wissen alle Fälle, wo es auch in der Vergangenheit dringend erwünscht gewesen wäre, wenn die Regierungen diese Möglichkeiten gehabt hätten.

Wenn es heißt: **Gemeinnutz geht vor Eigennutz**, so kann damit nur gemeint sein, daß sich das selbstverständliche Erwerbsinteresse nicht so ausbreiten darf, daß man dabei das Gemeinwohl, das Staatswohl und das Gesamtinteresse übersehen oder gar stört. Die Aufgabe, die ruhige Arbeit in der Wirtschaft zu fördern, glauben wir dadurch am besten lösen zu können, daß wir den unmittelbaren persönlichen Kontakt mit der Wirtschaft draußen suchen. Wir haben deshalb die Absicht, zunächst einmal den Wirkungsbereich der Treuhänder der Arbeit auf allgemeine wirtschaftliche Fragen auszudehnen und diese bei unseren unmittelbaren unterstellten Organen als Verbindungsmänner zu benutzen, um Menschen aus dem Leben, die den Kontakt nach allen Seiten haben, an Ort und Stelle zu besitzen, die vermittelnd tätig werden können, wenn irgendwo Eingriffe oder Störungen vorkommen.

Im Anschluß an diese mit großem Beifall aufgenommene Rede nahm

Herr Krupp von Bohlen und Halbach, der Führer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, das Wort zu folgenden Ausführungen:

Wir haben alle und wollen alle den Glauben und das Vertrauen zur Bewegung, zur Gesundung, aber auch zu den vorhandenen Möglichkeiten haben. Den Glauben wollen wir uns erhalten und wollen untererwärts alles tun, was den Glauben auch in weitere Kreise tragen kann. Wenn ich eines aus Ihren Ausführungen hervorheben darf, so ist vielleicht mit das Wertvollste was Sie gesagt haben, die Verantwortung des einzelnen soll erhalten bleiben. Herr Reichswirtschaftsminister! Das ist wohl unser aller Wunsch und Ziel. Wenn uns die Verantwortung erhalten bleibt, so werden wir alle auch untererwärts im Einzelnen und im Ganzen an den Zielen mitarbeiten können, die der Regierung, der Bewegung, man kann wohl heute sagen, fast dem gesamten Volke vorzulegen. Wir danken Ihnen, Herr Reichswirtschaftsminister, für das, was Sie gesagt haben. Wir versprechen Ihnen — ich glaube, ich darf das im Namen aller tun — ein jeder an seinem Teile mitzuarbeiten.

Bau eines neuen Deutschlandsenders.

Nach dem Augener Wellenplan, der am 15. Januar 1934 in Kraft treten soll, erhalten die deutschen Großrundfunksender folgende Wellen: Deutschlandsender: 191 Kilohertz (1571 Meter); München: 574 Kilohertz (522,6 Meter); Langenberg: 658 Kilohertz (455,9 Meter); München: 749 Kilohertz (405,4 Meter); Leipzig: 785 Kilohertz (382,2 Meter); Berlin: 841 Kilohertz (356,7 Meter); Hamburg: 904 Kilohertz (331,9 Meter); Breslau: 950 Kilohertz (315,8 Meter); Heidelberg: 1031 Kilohertz (291 Meter).

In Verbindung hiermit werden die Sender Mühldorf, Langenberg, München, Berlin und Hamburg auf die zulässige Höchstleistung von 100 Kilowatt gebracht. Weiterhin ist der Bau eines neuen Deutschlandsenders mit der zulässigen Höchstleistung von 150 Kilowatt und möglichst wirksamer Antenne vorgesehen.

Aus aller Welt.

* **Tödlicher Abstieg eines Berliner Studenten in den Dolomiten.** Aus den Dolomiten wird der Abstieg des 29 Jahre alten Studenten der Medizin Werner Zuercher aus Berlin gemeldet. Der Student hatte am Dienstag von Canazei aus den Colaf passiert, war auf dem Rückweg an der steilen Westwand ausgeglitten und auf eine Steinhöhe gestürzt, wo er tot liegen blieb.

* **Wolfgang von Gronau in Zimmowig.** Das Flugzeuggefahrwader des Weltkriegers Wolfgang von Gronau ist am Donnerstagnachmittag bei starkem Seegang an der Zimmowiger Seebrücke glatt gewässert. Eine vieltausendköpfige Menge bereitete Gronau und seinen Begleitern einen herzlichen Empfang.

* **Ein Todesopfer einer Liebestragödie.** Eine Liebestragödie ereignete sich am Donnerstagnachmittag in Hagen in Westfalen. Ein junger Mann aus dem Stadtteil Gilde erschloß sich in dem Hauseingang der Wohnung der Eltern seiner Angebeteten, die den Verkehr wegen der großen Jugendlichkeit des Mädchens und seines Verehrers untersagt hatten.

* **Spekulentenfahrt eines deutschen Dampfers im Bräffelskanal.** Der Kapitän Riemann des Rostocker Dampfers „Charlotte Schröder“ berichtet über die letzte Reise des Dampfers im Bräffelskanal, daß die Begleitung zunächst auf der Reise nach Brüssel von Spaziergängern dauernd mit Schmähen und Drohungen überhäuft worden sei, die hauptsächlich den deutschen Reichsflaggen und dem Reichsfahnen galten. In Brüssel sei die Besatzung während des Ladens in keiner Weise belästigt worden. Nach dem Verlassen der belgischen Hauptstadt seien dann plötzlich von hinten einzelne Steine auf die Kommandobrücke geworfen worden, daraus sei bald ein fortdauernder Steinhaag geworden. Der Kapitän schätzte die Zahl der Angreifer auf 500 Personen, darunter viele Frauen. Von beiden Seiten des Kanals, insbesondere auch von sechs Brücken, die das Schiff passieren mußte, sei der von dauerndem Jöhlen und Schimpfen begleitete Steinhaag zwei Stunden lang fortgesetzt worden, dann endlich habe sich Polizei sehen lassen. Der Kapitän rühmt zum Schluß das Verhalten des belgischen Lotsen.

* **Großfeuer im Londoner Hafenviertel.** Im Osten Londons brach am Mittwochvormittag in einer chemischen Fabrik ein Großfeuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff. In kurzer Zeit stand ein angrenzendes Holzlager in Flammen, und drei benachbarte Häuser gingen ebenfalls in Flammen auf. Das Feuer griff auch auf die Hafenanlage über. Eine ganze Straße mußte von den Bewohnern geräumt werden. Die Flammen schossen teilweise 15 Meter in die Höhe. Erst nach langer Arbeit gelang es der Feuerwehr, den Brand auf den Herd zu beschränken. Der Schaden wird auf mehrere hunderttausend Mark geschätzt.

* **Es trübt wieder einmal in Portugal.** Aus Lissabon wird gemeldet: Im Zusammenhang mit der Aufhebung revolutionärer Bewegungen sind der frühere Minister Dr. Sergio und der Oberst Aragao nach ihrer Rückkehr aus Spanien von der portugiesischen Regierung verhaftet worden. Ferner wurde der kommandierende Oberst des 25. Inf.-Regts. festgenommen. Gerüchtemäßig verlautet, daß der portugiesische Staatspräsident Dr. Salazar demnächst eine Regierungsombildung vornehmen und die Minister für Krieg, Marine, Inneres und Handel ersetzen wird, da diese keine wirtschaftlichen Reformpläne nicht genügend befolgt haben.

Bekanntmachung.

Infolge Verstärkung des Leitungsnetzes wird das Leitungsnetz in Otten-dorf-Okrilla bis auf weiteres täglich streckenweise abgeschaltet.

Überlandkraftwerke Pulsnitz H.-G.

Bau-

Beratung
Entwurf
Eingabezeichnung
Berechnung
Leitung
Ausführung
Finanzierung b. m. 30/40% Eigenkap.

An-, Umbauten und Instandsetzungen.
Zeitgemäße Berechnung!

N. G. Hochhausen
Architekt und Baumeister.

Schi- Abteilung
im Co. „Jahn“.
Sonntag, abend Klub-
Abend Bachberghöhe.

Zur Ausführung sämtlicher

**Scharwerks-
Maurer - Arbeiten**
sowie Feilen, Reparaturen u.
Rehren von Ofen aller Art
bei billiger Preisstellung hält
sich jederzeit bestens empfohlen.

Robert Boden,
Grünstraße 2.

**Eintritts-
Karten**

und
**Garderobe-
Blocks**

empfehlen

Herm. Rühle

Buchhandlung.

Elektrische

Wäsche-Mangel

mit selbsttätigen Ein- u. Aus-
rücker steht zur geistl. Be-
nutzung.

Stunde m. elektr. Betrieb 0,35
Handbetrieb 0,20

Oskar Schmidt
Kirchstraße Nr. 23

**Das
Seifersdorfer Tal**

Preis 50 Pfennig

Von Wallther Buchhof,
Seifersdorf

Zu haben in der
Buchhandlung
Hermann Rühle.

Bettfedern - Reinigung
hält sich bestens empfohlen
Bestellung bitte im Voraus

Bettfedern

in verschiedenen Preislagen
am Lager.

Ehrhard Knauffe
Königsbrück
Dintergasse 4.

**Jetzt ist es Zeit
Winterkohlen zu kaufen!**

Zur prompten Lieferung empfehle

alle Sorten Briketts

frei Hof und frei Keller zum Tagespreis und halte mich bei
Bedarf bestens empfohlen.

Max Menzel, Kohlenhandlung.

Bitte setzen
Sie sich



mit Unterzeichneten in Verbindung falls in ihrem Helme

**Sofas, Polstersessel
Ruhebetten
Matratzen, Markisen**

ausbesserungsbedürftig oder neu anzuschaffen sind.
Fachmännische, schnellste und billigste Bedienung wird
zugewahrt.

Empfehle alle Lederwaren in jeder Preislage

Ernst Rumberger

Sattler u. Tapezierer

Ottendorf-Okrilla, Nabebergstraße.

Neuanfertigung und Reparatur sämtlicher Geschirre
und Treibriemen.

Saisonschluß-Verkauf

Praktische Kleider

für Haus u. Alltag, in moderner, schlichter
Verarbeitung, aus einfarbigem Kunst-
seiden, Selinok 4,75
..... aus praktischem Polostoff

Sommerkleid

aus modernem, kunstseid. Borkeseide,
sommerlich hübsche Muster aus fein-
farbigem Grund, kleidsame, ordne Ver-
arbeitung, mit weißen Zierkragen.....

Sportlicher Mantel

aus feinstem, hellen Phantasie-
stoff, mit gutem Kragen, jugendliches
Fasson, mit vollständigem, kunstseid.
Futter.....

Weite Mäntel

für besond. starke Figuren, a. wetterfest
unsern. Gambistoffen in sportlicher
Form, od. aus reinwoll. dezent meliert.
Sommerstoffen mit vollständigem Futter

Bettgarnitur

aus gutem Streifen in süddeutscher Her-
kunft.....
..... ein Bezug mit zwei Kissen

Bettgarnitur

aus gediegenem Brokaidamast, Rein-Mako-
Ware, mit hübschen Mustern.....
..... 1 Bezug mit zwei Kissen

Wollmusseline

für besond. starke Figuren, a. wetterfest
unsern. Gambistoffen in sportlicher
Form, od. aus reinwoll. dezent meliert.
Sommerstoffen mit vollständigem Futter

Reinseid. Marocain

schwere Kleiderware, für Nachmittag und
Abend, einfarbig in modernen Tönen.....
..... Meter

Nur vom 17. bis 22. Juli!

Eine Woche ganz genau,
Dauert nur der S.S.U.
Fehlen darf da keine Frau
Nicht die Frist li. kauf! Sei schlau!

Inser Preise sagen viel, aber erst,
wenn Sie die Qualitäten gesehen
haben, die wir zu solchen Preisen
anbieten, können Sie die gebote-
nen Vorteile recht ermessen!



Zweiggeschäft: Dresden-N
Oschatzerstr. 16/18

Ludwig Bach & Co

Wettinerstr. 3/5 Dresden

Mit
Henko
abends
eingeweicht,

Henko
Sonder's
Wäsche- und
Reinigungs-
mittel

wird Dir
das Waschen
morgens
leicht!

**Jetzt ist es Zeit
Winterkohlen zu kaufen!**

Zur prompten Lieferung empfehle

alle Sorten Briketts

frei Hof und frei Keller zum Tagespreis und halte mich bei
Bedarf bestens empfohlen.

Max Menzel, Kohlenhandlung.

Amtl. N. S. D. A. P. - Abzeichen

für SA., NSD., Kampfbund, Frauenschaft
UDM., Hitlerjugend, Jungvolk
empfiehlt gegen Ausweis (Beitragsquittung)

Buchhandlung H. Rühle.

Kirchenverfassung angenommen

Die Reichsregierung verabschiedete weiter den Gesetzentwurf über die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche. Der Gesetzentwurf hat sieben Artikel, in denen bestimmt wird, daß die Deutsche Evangelische Kirche eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes ist.

Weitere Gesetze

Unter den noch verabschiedeten Entwürfen befinden sich ein Gesetzentwurf, der eine scharfe Aufsicht über gemeinnützige Wohnungsunternehmungen vorsieht, ein Gesetzentwurf über die Postabfindung an Bayern und Württemberg, ein Gesetz über die Einschränkung der Verwendung von Maschinen in der Zigarettenindustrie, ein Gesetz über die Aenderung der Kartellverordnung und über die Errichtung von Zwangsstellen, ein Gesetz über die Hebertragung und Aenderung der Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung, dessen Aufgaben auf das Reichswirtschaftsministerium und Reichsernährungsministerium übergehen, ein Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zum Schutz des Einzelhandels vom 12. Mai 1931, ein Gesetz zur Gleichhaltung des Aufsichtsrates der Bank für Deutsche Industrie-Obligations und zur Aenderung des Industriebank-Gesetzes vom 31. März 1931.

Das Reichskabinett verabschiedete weiter Richtlinien für Vergabung öffentlicher Aufträge, ferner einen umfangreichen Gesetzentwurf über Maßnahmen für das neue Getreidewirtschaftsjahr, ein Gesetz über die Förderung der Schaffung von Bauernhöfen und ein Gesetz zur Ergänzung und Aenderung der Vorschriften über Miet- und Pachtverträge.

Ferner wurde eine Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und Patentanwaltschaft angenommen. Ein anderer Gesetzentwurf sieht eine Aenderung der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Rechtspflege und Rechtsverwaltung vom 14. Juni 1932 vor. Ferner wurde ein Gesetz zur Aenderung einiger Vorschriften der Rechtsanwaltsordnung, der Zivilprozessordnung und des Arbeitsgerichtsgesetzes erlassen.

Kirchenkommissare zurückgezogen

Nachdem die Verfassung für die Deutsche Evangelische Kirche zustande gekommen ist, hat der Herr preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mit Erlaß vom 14. Juli 1933 mein Kommissariat für die evangelischen Landeskirchen mit dem heutigen Tage für beendet erklärt. Ich erkläre daher die von mir auf Rechtsanwalt Dr. Lothar Sand, Kirchenprovinz Ostpreußen, Pfarrer Thom, Kirchenprovinz Pommern, Superintendent Wilm, Kirchenprovinz Grenzmark Posen-Westpreußen, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, Kirchenprovinz Schlesien, Pfarrer Eckert, Kirchenprovinz Mark Brandenburg, Rechtsanwalt Dr. Raab, Kirchenprovinz Sachsen, Pfarrer Adler, Kirchenprovinz Westfalen, Landrat Dr. Krummacker, Kirchenprovinz Rheinprovinz, Kommissariat Kinder, Evangelisch-luther. Landeskirche Schleswig-Holstein, Pfarrer Hahn, Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannover, Pastor Engels, Evangelisch-reformierte Landeskirche der Provinz Hannover, Stadtrat Dr. Baumann, Evangelische Landeskirche in Helsen-Kassel sowie Evangelische Landeskirche von Waldeck und Pyrmont, Pfarrer Albert Walther, Evangelische Landeskirche in Nassau sowie Frankfurt a. M. übertragenen Vollmachten mit sofortiger Wirkung als erloschen.

Hiermit verbinde ich meinen Dank für die in trauerer Pflichterfüllung geleistete Arbeit.
Berlin, den 14. Juli 1933.
Der Kommissar für die evangelischen Landeskirchen
in Preußen
995. Däger.

Gerichtsjahr

Margittische Wählereien

Das Sondergericht für das Land Sachsen befahl die mit nachstehenden Straffällen:

Der Bauer Kurt Wöckel aus Zwickau hatte am 20. April auf Veranlassung des Organisationsleiters der KPD eine Sendung kommunistischer Druckschriften „Kampfsignale“ nach Weidau gebracht und diese dem Kupferschmied Kurt Herzog zur Weiterverteilung übergeben. Dieser gab sie weiter an den Klempner Johannes Drupe, der auch einen großen Teil absetzte. Die Flugblätter enthielten schwere Angriffe gegen die Regierung. Wöckel und Herzog erhielten je fünf Monate und Drupe vier Monate Gefängnis. Die systematische Bewaffnung des Reichsbanners ergab die Verhandlung gegen den Schlosser Willy Dertel, den Strumpfwirker Albin Dittich, den Gasarbeiter Rudolf Winter, den Tischler August Menzel und den Metallarbeiter Erich Dertel aus Lugau. Willy Dertel, der Vorsitzender der Lugauer Ortsgruppe des Reichsbanners war, hatte im Juli 1931 vier Pistolen mit 350 Schuß Munition und im Februar 1933 weitere vier Pistolen mit 174 Schuß Munition aus Chemnitz bezogen, diese aus einer Kasse des Reichsbanners bezahlt und an Dittich, Winter und Menzel je eine Waffe mit Munition abgegeben. Es wurden verurteilt: Willy Dertel zu 7 Monaten, Winter, Menzel und Erich Dertel zu je 3 Monaten und Dittich zu 2 Monaten Gefängnis. Die Strafe fällt bei Dittich als durch die Untersuchungsphase herab.

Wegen schwerer gemeiner Verleumdungen zweier SA-Männer stand die Arbeiterin Erna Richter aus Dresden vor dem Sondergericht. Die Angeklagte war am 20. April in Schutzhaft genommen und am Abend des 30. April wieder entlassen worden. Am 1. Mai schrieb sie einen Brief an einen gewissen Lehmann in der Jakobsgasse, in dem sie die Behauptung aufstellte, am Nachmittag des 30. April im Reichshaus der früheren Volkszeitung von zwei SA-Männern vergewaltigt worden zu sein. Gleichzeitig hat sie den Empfänger, die auszuwerten und Abschriften der Schriftstücke an das polnische, französische und österreichische Konsulat zu geben. Sie wollte damit erreichen, daß die Mitteilungen an das Ausland gelangten. Diesen Brief gab sie dem Metallarbeiter Hülsh zur Beförderung an Lehmann, der dies auch ausführte. Die als Zeugen vernommenen SA-Männer bestritten unter Eid, irgendetwas mit der Richter zu tun gehabt zu haben. Auch ein Truppführer bestritt, daß dies infolge des lebhaften Verkehrs, der in diesen Tagen im Gebäude der ehemaligen Volkszeitung herrschte, ganz unmöglich sei. Die Richter erhielt eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und fünfzig 3 Monate Gefängnis.